

Denkmalpfleger geht in Offensive

Stadt Bern Im letzten Jahr wurden alle Gesuche zur Installation von Solaranlagen bewilligt

Die Denkmalpflege der Stadt Bern hat am Dienstag erstmals eine Jahresmedienkonferenz abgehalten. Denkmalpfleger Jean-Daniel Gross gab dabei unter anderem bekannt, dass sein Amt im letzten Jahr alle 29 Gesuche zur Installation von Solaranlagen zur Bewilligung empfahl.

Die Stadtberner Denkmalpflege stand in den vergangenen Jahren besonders im Zusammenhang mit Solaranlagen unter Druck und hat nun beschlossen, jährlich vor die Medien zu treten. Bisher informierte sie vor allem im Vierjahresbericht, wie die Präsidialdirektion der Stadt Bern gestern mitteilte. Deren Vorsteher, Stadtpräsident Alexander Tschäppät, stellte sich gestern deutlich hinter Gross und dessen Team. «Die Denkmalpflege der Stadt Bern ist eine moderne und kompetente Dienststelle, die ihrem Auftrag auch in einem manchmal schwierigen Umfeld vollumfänglich gerecht wird», lässt sich Tschäppät in der Mitteilung zitieren.

Bauinventar der Stadt im Internet

Zur Informationsoffensive passt, dass Berns Denkmalpflege just im vergangenen Jahr das vollständige Bauinventar der Stadt Bern auf dem Internet veröffentlichte. Diese in der Schweiz einzigartige Dienstleistung für Bauherren und Planer ermögliche

es, sich jederzeit über den Status eines Gebäudes zu informieren, schreibt die Stadt. Die Denkmalpflege habe damit ein ehrgeiziges strategisches Ziel erreicht und fördere mit dem Inventar Transparenz und Rechtssicherheit, sagt Tschäppät dazu.

Insbesondere der Schweizer Solaranlagenpionier Josef Jenni aus Oberburg hatte im vergangenen Jahr die kantonale und Berns Denkmalpflege kritisiert. Sie müsse flexibler werden, wenn die Energiewende gelingen solle. Die kantonale Bau-, Verkehrs- und

«Die Denkmalpflege der Stadt Bern ist eine moderne und kompetente Dienststelle.»

Alexander Tschäppät, Stadtpräsident

Energiedirektion stellte im November 2011 schliesslich neue, einfachere Richtlinien für die Bewilligung von Solaranlagen vor. Die Denkmalpflege hatte daran mitgewirkt. Auf Baudenkmalern von nationaler Bedeutung und im Bereich des Unesco-Welterbes Berner Altstadt dürfen grundsätzlich weiterhin keine Solaranlagen installiert werden. (SDA)



Blick auf einstige Brücke im Graben vor dem Bundeshaus-Eingang. SAT

Burgerspital wird Begegnungsort

Stadt Bern Das Burgerspital am Berner Bahnhofplatz wird zu einem Begegnungs- und Kulturzentrum mit Alters- und Pflegeheim, Kindertagesstätte und Restaurant umgebaut. Die Bürgergemeinde Bern spricht von einem «Generationenhaus», das sie im Herbst 2014 eröffnen will.

Verschiedene Organisationen wollen sich darin einmieten: Das Amt für Jugend und Kinderförderung der Stadt Bern, die kantonale Mütter- und Väterberatung, Pro Senectute Region Bern, die Freiwilligenagentur Benevol, die Alzheimervereinigung und das Schweizerische Rote Kreuz. Das neue Restaurant im renovierten Burgerspital will die Bürgergemeinde im Jahr 2015 eröffnen.

Die Bürgergemeinde hatte 2009 109 Millionen Franken für den Umbau des Burgerspitals und des Bürgerheims auf dem Berner Viererfeld bewilligt. Die beiden Institutionen sollen fusioniert werden. Durch den Zusammenschluss werden im Zentrum Räumlichkeiten frei, die nun zum «Generationenhaus» werden. (SDA)

Hausarztberuf Gewicht geben

Grosser Rat Der Beruf der Hausärztin oder des Hausarztes soll wieder attraktiver werden. Dass Handlungsbedarf besteht, legt ein Bericht dar, den das Kantonsparlament gestern zur Kenntnis nahm. Berner Hausärzte müssten zeitlich entlastet werden und den Beruf besser mit der Familie vereinbaren können, heisst es. Dazu brauche es Entlastungen bei der Organisation des Notfalldienstes und finanzielle Anreize, damit Hausärzte auch wieder aufs Land gingen.

Die Fraktionen lobten den Bericht. Der frühere Arzt Franz Haldimann (BDP/Burgdorf) dürfte vielen aus dem Herz gesprochen haben, als er mahnte, dieser dürfe kein Papiertiger bleiben. Die grossräthliche Kommission und Vertreter von SP, BPD, SVP, FDP sowie Grünen machten Vorschläge. Gesundheitsdirektor Philippe Perrenoud warnte, der Kanton sei finanziell knapp dran und könne nicht alle Wünsche erfüllen. Nun muss er etwa das Telemedizinangebot Medphone weiter und innovative Grundversorgungsprojekte neu unterstützen. (SDA)

Brückenreste bleiben unter Bundesplatz

Bern Bei Grabungen ums Bundeshaus wurden Reste einer früheren Brücke gefunden. Sie können bleiben – aber nicht für die Öffentlichkeit sichtbar.

Die Reste der ehemaligen Brücke über den Berner Stadtgraben, welche bei Bauarbeiten ums Bundeshaus zum Vorschein gekommen sind, bleiben erhalten. Allerdings werden die Rundbögen für die Öffentlichkeit nicht zu sehen bleiben und bald wieder unter Pflastersteinen zugedeckt.

Da sich die Rundbögen direkt vor dem Eingang des Bundeshauses befinden, könne man kein Fenster darüber anbringen, sagte Volker Herrmann vom Kantonalen Archäologischen Dienst auf Anfrage. Die Idee sei zwar da gewesen. Doch wegen der Denkmalpflege wäre dies problematisch. «Wir haben aber verhindert, dass die alten Rundbögen abgebrochen werden.» Für die Leitungen, die an dieser Stelle verlegt werden müs-

sen, haben die Verantwortlichen nun ein anderes Trasse ausgewählt.

Die Spezialisten würden die Brückenreste nun unter anderem mit Fotografien, Zeichnungen und Messungen dokumentieren. Erst dann werde das Ganze wieder zugedeckt.

Die Rundbögen aus Sandsteinen legten Bauarbeiter bei Grabungen für das neue Kommunikationsnetz der Bundesverwaltung frei (vgl. auch az

Es handelt sich um die Auflageflächen einer ehemaligen Brücke.

Langenthaler Tagblatt vom Samstag). Es handelt sich um Auflageflächen einer früheren Brücke über den Stadtgraben. Die erhaltenen Bögen stammen laut Herrmann aus der Barockzeit. Im 17./18. Jahrhundert wurde die Brücke renoviert. Sie führte damals zu einem von zwei Nebentoren der historischen Stadtmauer. (SDA)

Energiestadt-Gold-Label statt Reglement

Biel Der Bieler Gemeinderat hat beschlossen, die Gemeinde-Volksinitiative der Grünen zum Schutz des Klimas zu erfüllen. Er will dies aber nicht wie gefordert mit einem Reglement tun, sondern indem er das Energiestadt-Gold-Label anstrebt. Dies gab die Bieler Baudirektion gestern an einer gemeinsamen Medienkonferenz mit dem Initiativkomitee bekannt. Die Initianten anerkennen die gesetzten Ziele als gleichwertig.

Der Gemeinderat wird den Vorschlag zur Erfüllung der Initiative dem Stadtrat in dessen April-Sitzung unterbreiten. Stimmt das Stadtparlament zu, entfällt die Volksabstimmung. Die Grünen Biel haben die Gemeindeinitiative zum Schutz des Klimas im Dezember 2008 mit mehr als 2500 Unterschriften eingereicht. Daphné Rüfenacht, Bieler Stadt- und Grossrätin der Grünen, sagte, der jetzige Vorschlag sei ein starkes Zeichen für das Klima. Die Initiative verlangt Massnahmen, die den Ausstoss von Treibhausgasen durch die Stadtverwaltung, die städtischen Liegenschaften und den Energie Service Biel senken. Bis 2020 soll gegenüber dem Stand von 1990 eine Reduktion von 30 Prozent erzielt werden.

Wörtliche Umsetzung schwierig

Baudirektor Hubert Klopfenstein erklärte, eine wörtliche Umsetzung der Initiative wäre schwierig gewesen, weil Vergleichszahlen für das Jahr 1990 fehlten. Der European Energy Award Gold führe jedoch zum selben Ziel. Das einfache Energiestadt-Label besitzt Biel seit 2008. Um das Gold-Label zu erhalten, müssen die erfüllten Kriterien von 53 Prozent im Jahr 2008 auf 75 Prozent steigen. Gegenwärtig sind knapp 60 Prozent erreicht. Wie Klopfenstein erklärte, hängt alles davon ab, dass der Stadtrat auch die Investitionskredite für Verbesserungen genehmigt.

Das Label «Energiestadt» wird durch den gleichnamigen Trägerverein vergeben. Mit dem Gold-Label können sich laut der Internetseite dieses Vereins 22 Gemeinden der Schweiz zieren. Im Kanton Bern sind es Münsingen, Bern und Köniz. (SDA)

Droht vorzeitiges Ende der Stades de Bienne?

Biel Der Bau der Stades de Bienne ist ungewiss, ja sogar gefährdet. Grund: Bis Sonntagabend hätte die Investorenfirma Alstone SA die Finanzierung zu sichern müssen, was allerdings nicht geschehen ist. Die zur Finanzierung notwendigen 70 Prozent Mietverträge seien zwar vorbereitet und versandt, aber nicht innerhalb der von der Stadt Biel gesetzten Frist gegengezeichnet worden, schreibt das «Bieler Tagblatt». Ob dies noch geschehen werde, wüssten ohnehin nur die zukünftigen Mieter. Damit ist sehr fraglich, ob die Stades de Bienne in der geplanten Form gebaut werden oder nicht.

Der Gemeinderat muss nun am Freitag entscheiden, ob die Stadt Biel weiter mit der Investorengruppe Alstone zusammenarbeiten und eine neue Frist setzen will. Der für die Firma nach aussen auftretende Investor Ferdinand Locher hatte noch letzte Woche dieser Zeitung mitgeteilt, man werde den Spatenstich in Kürze durchführen. Das Gesuch um Eintragung des Baurechtsvertrags hätte letzte Woche unterschrieben werden sollen. Sollte die Finanzierung nicht zustande kommen – oder der Gemeinderat am Freitag keine neue Frist setzen – hätte die Totalunternehmerin HRS drei Monate Zeit zu entscheiden, ob sie die Stadien dennoch bauen will. Will sie das nicht, würde wohl nur ein neues Eishockeystadion gebaut. Der FC Biel dagegen müsste eine neue Bleibe suchen. (OM)

Nachrichten

Regierung Gemeindemehr für Regionalkonferenzen bleibt

Im Oberaargau – wie zuvor im Verwaltungskreis Thun-Oberland West – sagte kürzlich die Mehrheit der Bevölkerung Ja gesagt zur Regionalkonferenz (RK), die Mehrheit der Gemeinden aber Nein. Geht es nach dem Regierungsrat, soll das Gemeindemehr jedoch nicht abgeschafft werden. Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP) sagte gestern auf die Frage von Daniel von Steiner (EVP/Langenthal), vor Anpassungen warte man sicher die letzte RK-Abstimmung in Biel/Seeland-Berner Jura ab. Dann müsse die Regierung prüfen, wie sie mit Regionen ohne RK zusammenarbeite. (SAT)



Schontage fallen bald weg. KEY

Grosser Rat Täglich pilzen

Bern streicht die Schontage für Pilze. Der Grosse Rat überwies diskussionslos einen Vorstoss Dieter Widmers (BDP/Wanzwil) und folgt der Empfehlung der Eidg. Kommission für die Erhaltung der Pilze (az LT berichtete). Die Beschränkung von zwei Kilo pro Person und Tag bleibt bestehen. (SAT)

Grosser Rat Suchthilfe soll besser vernetzt werden

Die Suchthilfe im Kanton soll besser vernetzt und die Angebote sollen verstärkt aufeinander abgestimmt werden. Das will das neue Suchthilfekonzept, das der Grosse Rat gestern mit grossem Mehr zur Kenntnis nahm. Um die Angebote gut zu verankern, will der Kanton regionale Plattformen schaffen. Auch Hausärzte, Erziehungsberatung oder Polizei würden einbezogen. Dazu sollen die Angebote mit den Akteuren überprüft und die Steuerung transparenter werden. Handlungsbedarf ortet der Kanton zudem bei der Früherkennung und -intervention bei Kindern und Jugendlichen. Die SVP wollte das Konzept stärker abstinenzorientiert ausrichten, drang damit aber nicht durch. (SDA)

Grosser Rat Bauern müssen Daten elektronisch erfassen

Auch Bauern ohne Computer müssen Agrardaten via Internet abliefern. Der Grosse Rat lehnte gestern einen Vorstoss ab, wonach Daten auf Wunsch auch in Papierform eingereicht werden können. Es gebe Landwirte, die kurz vor der Pensionierung nun noch einen PC anschaffen müssten, gab Thomas Knutti (SVP/Weissenburg) zu bedenken. Laut Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher (SP) wären zwei Systeme teuer. Dazu erleichtere die Online-Erhebung die Arbeit und vermeide Fehler. Viele Bauern hätten Leute, die helfen könnten. Ansonsten gebe es günstig Hilfe bei landwirtschaftlichen Organisationen. Mit 71 zu 53 Stimmen (bei 8 Enthaltungen) sah das auch der Grosse Rat so. (SDA)